

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 26. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 19. Februar 2003
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Alexandre Philipp, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ----

Entschuldigt: Degen Fabienne
Hartmann Yves
Neeser Eugen
Oppliger Jan

Abwesend: ---

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission
(und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission)
anstelle von Lucius Cueni, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Geschäft 3418
2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend
Abklärung Einhaltung des Dorfkernelglementes
beim Umbau des Oekonomiegebäudes „Landhusscheune“ Geschäft 3416

3. Bericht des Gemeinderates betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 10'414'000
(inkl. Bauteuerung) für den Neubau Gemeindeverwaltung
an der Baslerstrasse 111 Geschäft 3414
4. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend
Naturschutzkonzept Geschäft 3350
5. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend
Sportplätze in Allschwil Geschäft 3351
6. Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Erdbebensicherheit Geschäft 3352
7. Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Instrumenten-Landesystem Geschäft 3353
8. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend
Sparmassnahmen Geschäft 3378
9. Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Grundtaxen zur Sackgebühr Geschäft 3379
10. Interpellation von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Steuereinbussen Geschäft 3386
11. Postulat von Jürg Gass, SP-Fraktion, betreffend
Ueberprüfen der Wasserqualität des Mühlebachs 3x jährlich Geschäft 3412

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 26 vom 19. Februar 2003

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Alexandre Philipp

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Ratspräsident Alexandre Philipp begrüsst die Anwesenden zur heutigen Plenarsitzung.

Die Ratsmitglieder haben heute erhalten:

- Geschäft 3150B, Bericht des Gemeinderates betreffend Postulat Mittagstisch

Anlässlich der Bürositzung vom 3.2.03 wurden folgende Geschäfte der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zur Vorberatung überwiesen:

- Geschäft 3413, Bericht des Gemeinderates betreffend Quartierplanung Wegmatten I
- Geschäft 3415, Bericht des Gemeinderates betreffend Quartierplanung Rankacker 2001

- Am Mittwoch, 18. Juni 2003 findet - bei Bedarf – eine Einschaltsitzung des Parlamentes statt.

Max Amsler, SD-Fraktion, beantragt, die heutige Plenarsitzung pünktlich um 21 Uhr zu beenden.

://: Dem Antrag von Max Amsler wird mehrheitlich entsprochen.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird stillschweigend gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringliche Motion von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend Unentgeltliche Bestattung (Friedhof- und Bestattungsreglement § 8), Geschäft 3423

- Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Mobilfunkantennenanlagen, Geschäft 3424

- Kleine Anfrage von Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Chemiemülldeponie Roemisloch der Gemeinde Neuweiler, Geschäft 3425

- Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion betreffend EuroAirport, Geschäft 3425

Begründung der Dringlichkeit von Motion 3423:

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält die anlässlich der Behandlung seiner dringlichen Interpellation 3417 am 22.1.03 vom Gemeinderat vorgebrachten Begründungen teilweise nicht für genügend stichhaltig. Dem Stillschweigen in der anschliessenden Diskussion hat er entnommen, dass im Parlament eine allgemeine Unzufriedenheit in dieser Sache vorhanden ist. Dringlich ist die Angelegenheit, weil im Moment der Einwohnerrat einen Entscheid des Gemeinderates tragen muss, der seiner Meinung nach in die Kompetenz des Einwohnerrates gehört. Diese Situation darf nicht allzu lange bestehen bleiben. Ein zweiter Grund sei, dass der Rat in Kürze mit zahlreichen Quartierplanungen beschäftigt sein wird - welche den Grossteil der Beratungszeit beanspruchen wird - sowie mit der Rechnung und dem Amtsbericht. Wird das Geschäft heute nicht dringlich erklärt, kann es nicht überwiesen werden, was einer Delegation bis in den Herbst hinein gleichkommt.

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit Der Gemeinderat hält die Dringlichkeit bei der Motion 3423 nicht für gegeben. Im Rahmen der allgemeinen Ueberprüfung sämtlicher kommunaler Dienstleistungen hat der Gemeinderat auch das Bestattungswesen geprüft. Es wurde festgestellt, dass in diesem Bereich Dienstleistungen erbracht werden, für die kein eigentliches Bedürfnis besteht, resp. an Leute erbracht werden, die nicht dringend darauf angewiesen sind. Zwar ist der Gemeinderat der Meinung, die Bestattung müsse unentgeltlich sein, jedoch soll in der Verordnung im Detail geregelt sein, was eine unentgeltliche Bestattung beinhaltet. Dabei ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass der Sarg ohne weiteres gestrichen werden kann. Nur noch in Härtefällen soll der Gemeindesarg kostenlos sein. Diese Bestimmung wird unbürokratisch angewendet. So wird also niemand benachteiligt, wenn heute nicht auf den Entscheid zurückgekommen wird. Sie hält nochmals fest, dass der Entscheid nicht

in den Kompetenzbereich des Einwohnerrates fällt, sondern beim Gemeinderat liegt. Der Grundsatzentscheid ist im Reglement festgehalten, nämlich die unentgeltliche Bestattung. Jedoch wird die Ausformulierung dieser auf Verordnungsstufe geregelt, hier hat der Gemeinderat ohne weiteres das Recht, neue Formulierungen oder Ansichten einzubringen.

://: Dringlichkeit der Motion 3423 wird mit 18:13 Stimmen (2/3-Mehrheit 24 Stimmen) abgelehnt.

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

279 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission

1. Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission (und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission wird anstelle von Lucius Cueni, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3418

Christoph Morat schlägt namens der SP-Fraktion Peter Humbel vor.

Weitere Nominationen liegen nicht vor.

://: **Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission (und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission wird anstelle von Lucius Cueni, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:**

Peter Humbel, SP-Fraktion.

Mitteilung an:

- Peter Humbel, SP-Fraktion (als Wahlanzeige).
- Christoph Morat, Fraktionsvorsitzender SP
- Mathilde Oppliger, Präsidentin GPK

280 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission
01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Abklärung Einhaltung des Dorfkernellementes beim Umbau des Oekonomiegebäudes „Landhusscheune“, Geschäft 3416

Mathilde Oppliger, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, teilt mit, dass sich die Kommission in mehreren Sitzungen mit dem Anliegen eines Allschwiler Einwohners beschäftigt hat. Er hatte Befürchtungen, dass das Dorfkernellement beim Umbau des Ökonomiegebäudes Landhus nicht korrekt eingehalten worden ist. Die GPK hat sich intensiv und seriös mit diesem Anliegen beschäftigt (Gespräche, Befragungen, Aktendurchsicht etc.).

Nach Abschluss der Überprüfung konnte die GPK feststellen, dass die Gemeinde das Reglement in allen Punkten pflichtgemäss angewendet hat. Ein Anspruch auf finanzielle Entschädigung besteht nicht. Die GPK-Präsidentin konnte bei einem Rundgang durch Allschwil feststellen, dass auch auf einem anderen Hausdach die selbe Form von Dachaufbauten vor vielen Jahren erstellt worden ist. Mathilde Oppliger bittet um Kenntnisnahme des Berichts.

Der Bericht 3416 bildet Bestandteil dieses Protokollteils.

Peter Humbel, namens der SP-Fraktion, dankt sowohl der Kommission als auch dem Gemeinderat für die intensiven Abklärungen. Es wird geschätzt, dass diese Beschwerde sauber recherchiert wurde. Aus diesem Fall sei klar geworden, dass eine liberale Handhabung des Dorfkernreglementes möglich sei, ohne dieses zu verletzen. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, bestätigt als Mitglied der GPK, dass die Angelegenheit sehr sorgfältig untersucht worden ist. Eine Schadenersatzforderung von CHF 50'000 schien nicht gerechtfertigt. Die SD-Fraktion folgt der Meinung der GPK und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass nur die sehr strikte Anwendung des Dorfkernreglementes eine derart gute Erhaltung des Dorfkerns mit nationalem Renommee ermöglicht hat. Deshalb warnt er vor einer zu laschen Interpretation des Reglementes.

://: Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Abklärung Einhaltung des Dorfkernreglementes beim Umbau des Oekonomiegebäudes „Landhusscheune“ wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

281 11.140 Gemeindeprojekte

3. Bericht des Gemeinderates betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 10'414'000 (inkl. Bauteuerung) für den Neubau Gemeindeverwaltung an der Baslerstrasse 111, Geschäft 3414

EINTRETENSDEBATTE

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kommt zurück auf die Volksabstimmung für den Kredit für den Bau der neuen Gemeindeverwaltung. Er stört sich am Nachtragskredit für diesen Bau. Nun müssten die Mehrkosten aber bezahlt werden, daran könne nichts mehr geändert werden. In diesem Sinne nimmt die SD-Fraktion den Bericht 3414 ohne Begeisterung zur Kenntnis.

Der Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**, berichtigt das Votum von Bruno Steiger. Es handelt sich nicht um einen Nachtragskredit, sondern um die Ausweisung der Teuerung, die nicht speziell verlangt worden ist, wie es bei anderen Bauvorhaben immer gemacht wurde. Deshalb wurde im Nachhinein dem Einwohnerrat eine Vorlage für die Teuerung (Geschäft) unterbreitet, damit die Teuerung speziell gewährt werden konnte. Es handelt sich um einen Nachtragskredit, wenn bei einem Bauvorhaben mehr Geld benötigt wurde und diese Mehrkosten bewilligt werden müssen.

Beim Neubau der Gemeindeverwaltung wurde der ursprüngliche Kreditrahmen genau eingehalten.

Er weist den Vorwurf von Bruno Steiger dezidiert zurück.

://: Eintreten auf Geschäft 3414 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey hält als Präsident der damals vorberatenden Verkehrs- und Planungskommission fest, dass das Bauwerk und der Kredit als sehr gut beurteilt worden sind.

Er schliesst sich der Meinung von Gemeinderat Meury vollumfänglich an, dass es sich um eine teuerungsbedingte Anpassung des Kredits gehandelt hat.

Christoph Morat, SP-Fraktion, hat Geschäft 3281 vom 4. April 2001 nochmals durchgesehen und konnte dabei feststellen, dass lediglich die Teuerung „vergessen worden ist“. Dies weil über mehrere Jahre mangels Teuerung keine mehr ausgewiesen werden musste.

Die detaillierte Kostenaufstellung, welche dem Parlament mit Geschäft 3281 unterbreitet wurde, zeige ihm und der SP-Fraktion, wie gewissenhaft mit dem Kredit umgegangen worden ist. An dieser Stelle dankt er der HA Hochbau/Raumplanung und lobt die strikte Einhaltung des Kostenrahmens. Dies sei nicht selbstverständlich in der heutigen Zeit. Die Gemeindeverwaltung arbeite korrekt und sauber mit dem ihr anvertrauten Geld. Die SP-Fraktion beantragt einstimmig Kenntnisnahme des Bericht.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält es trotzdem für inkorrekt, dass die Teuerung zu berücksichtigen vergessen wurde. Dies dürfe nicht passieren. Kann Gemeinderat Meury garantieren, dass dies in Zukunft nicht mehr vorkommt?

Karl Frey, namens der CVP/SVP-Fraktion: Die Fraktion hat den Verpflichtungskredit geprüft. Die Bautätigkeit konnte innerhalb von 19 Monaten dank der speditiven Arbeit der Verantwortlichen abgeschlossen werden. Die Fraktion stimmt dem Bericht zu.

://: Der Bericht des Gemeinderates betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 10'414'000 (inkl. Bauteuerung) für den Neubau Gemeindeverwaltung an der Baslerstrasse 111 wird mit 32 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

282 13.200 Umweltmassnahmen

4. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Naturschutzkonzept, Geschäft 3350

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach** beantwortet die *Frage 1* der Interpellation, „*Welche der im Konzept vorgeschlagenen Projekte wurden bis heute verwirklicht und wie steht es um deren Nachhaltigkeit bis heute?*“ schriftlich (Beilage 1).

Frage 2: Welche Projekte plant der Gemeinderat in nächster Zukunft zu verwirklichen?

Paul Schüpbach:

- Unterschutzstellung des Allschwiler Waldes (Entwurf Nutz- und Schutzkonzept Allschwiler Wald, Beilage 2).
- Vernetzungsprojekte in Zusammenhang mit der Ökoqualitätsverordnung des Bundes: Diese verlangt die Vernetzung der Lebensräume von Kleinlebewesen.
- Heckenpflege- und Naturschutztage
- Naturschutzfläche im Mühlebachtal (2005)
- Trittsteinbiotope zwischen Ziegeleiareal und Mühlebachtal (ab 2003)
- Errichten eines Biotops im Gebiet der Ziegeleiüberbauung (Gebiet Läubern)

Frage 3: In wieweit nimmt die Gemeinde Einfluss auf die Nutzung der von ihr verpachteten Parzellen?

Paul Schüpbach: Verpachtet die Gemeinde eine Parzelle an einen Landwirt, verpflichtet sich dieser, die bestehenden Bäume zu erhalten. Weitere Auflagen für Pächter gibt es nicht. Die vom Kanton erstellten Auflagen sind absolut genügend.

Frage 4: Wie misst der Gemeinderat Erfolge seiner Naturschutzpolitik?

Paul Schüpbach:

- Jedes Jahr werden die Naturwiesen durch den Kanton BL nach sogenannten Zeigerpflanzen pro m³ überprüft.
- Die Gemeinde Allschwil arbeitet eng mit der Stiftung „Mensch, Gesellschaft, Umwelt“ der Uni Basel zusammen.
- Das Controlling erfolgt im Sinne des Schutzkonzeptes des Allschwiler Waldes.
- Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde, gemeinsame Zieldefinition, z.B. stufenweise Gestaltung des Mühlebachs sowie eine Erfolgskontrolle.

Der Interpellant **Lucius Cueni**, SP-Fraktion, dankt zwar für die reichhaltigen Ausführungen, zeigt sich aber trotzdem nicht ganz zufrieden. Er beantragt Diskussion.

://: Der Diskussion zu Interpellation 3350 wird grossmehrheitlich stattgegeben.

Lucius Cueni: Bezüglich Nachhaltigkeit der im Naturschutzkonzept genannten Massnahmen sieht es nicht gut aus (s. Beilage 1). Diverse Massnahmen wurden anlässlich der Budgetdebatte bereits gestrichen, können also nicht mehr nachhaltig sein. Beim Schutz von Grünzonen erwartet der Interpellant weitergehende kommunale Aktivitäten. Positiv erwähnt er das Pilzsammelvebot und die Regelung betreffend Hundefreilauf. Zur Unterschützstellung des Allschwiler Waldes bemerkt Lucius Cueni, dass dieses Vorhaben 16 Jahre gedauert hat und der Kanton die Initiative dazu ergreifen musste. Somit relativieren sich die Massnahmen. Bei Durchsicht des Naturschutzkonzeptes stösst man auf viele weitere Vorschläge, wie kurz- und langfristige Ziele erreicht werden können. Diese sind in der Beantwortung des Gemeinderates nicht erwähnt.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, hofft auf den Erhalt der noch verbliebenen Hochstamm-Obstbäume. Das Naturschutzkonzept datiert aus dem Jahr 1986. Seither haben sich die Probleme in der Natur verstärkt, so kommt es z.B. zu massiven Vandalenakten im Wald. Der Gemeinderat müsse diese Situation vermehrt beobachten. Auch die Situation um die Chemiemülldeponien muss beobachtet werden. Peter Hauser schlägt vor, dass sich die Umwelt- oder Naturschutzkommission dieser Probleme annehmen soll.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die Antworten des Gemeinderates beinhalten wenig Begründungen, insbesondere versteht er nicht, warum sämtliche Massnahmen, die mit einer Zonenplanänderung verbunden waren, nicht realisiert worden sind. Es wäre gut, wenn dies seitens Gemeinderat nachgeholt würde.

Lucius Cueni nennt abschliessend Zahlen betreffend Artenvorkommen, die zwischen 1997 und 2000 in Ettingen und Aesch erhoben worden sind und deutlich zeigen, dass es Sinn macht, wenn die Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen gefördert wird.

://: Die Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Naturschutzkonzept wird beantwortet und ist damit erledigt.

283 11.140 Gemeindeprojekte

5. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Sportplätze in Allschwil, Geschäft 3351

Departementsvorsteher **Roman Meury**, Hochbau/Raumplanung:

Die angesprochenen Sportanlagen Sandweg und Baselmattweg stehen in Zusammenhang mit den entsprechenden Quartierplanungen. Quartierplanung Sandweg: Sie wurde dem Einwohnerrat überwiesen. Zur Zeit ist sie in Beratung bei der VPK. Quartierplanung Wegmatten II (Sportplatz Elefantenacker): Die Ausschreibung eines Architekturwettbewerbes wurde vom Einwohnerrat bewilligt. Die Wettbewerbsausschreibung geht in eine 2. Lesung. Danach erfolgt die Ausschreibung des Wettbewerbes.

Frage 1: Wie sieht der Gemeinderat die weitere Nutzung des Areals „Im Brüel“?

Roman Meury:

Das Areal wird zur Zeit als Golfabschlagplatz von der Golf Factory genutzt. Der Mietvertrag dauert über 5 Jahre und läuft im 2004 ab. Die Kündigung wird Mitte 2003 ausgesprochen. Sobald die Kündigung rechtskräftig ist, kann mit der Umnutzung begonnen werden.

Frage 2: Wie sieht der zeitliche Rahmen für die Umnutzung der genannten Sportanlagen aus?

Roman Meury:

Vorgesehen ist die Zwischennutzung als Ersatz für den Sportplatz Elefantenacker. Zur Zeit ist die Planung des Sportplatzes und der Nebengebäude in Arbeit. Im Sommer/Herbst 2004 wird sich der Einwohnerrat voraussichtlich mit diesem Geschäft befassen können. Ca. Ende 2004/anfangs 2005 ist der Baubeginn vorgesehen. Die Saison 2005 kann somit sicherlich noch nicht auf diesem Sportplatz gespielt werden.

Frage 3: Entstehen allenfalls Engpässe im Angebot an Sportplätzen? Bestünden Möglichkeiten, solche zu umgehen?

Roman Meury:

Wie bekannt ist, nutzt die Gemeinde in Absprache mit der UBS die Sportanlage Sandweg. Es ist vorgesehen, dass auch 2005 während dem Engpass infolge Bauphase die UBS-Sportanlage von der Gemeinde genutzt werden kann. Ab Saison 2006 sollte der neue Sportplatz im Brüel in Betrieb sein.

Der Interpellant **Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion**, beantragt Diskussion.

://: Der Diskussion zu Interpellation 3351 wird grossmehrheitlich stattgegeben.

Jean-Jacques Winter stellt grundsätzlich fest, dass alle Allschwiler Sportplätze zu verschiedensten Zeiten, auch abends und am Wochenende, stark frequentiert werden. Er bezieht sich auf das Konzept Gemeindebauten aus dem Jahr 1997, welches u.a. auch die Sportanlage „im Brüel“ beinhaltet. Kann deren Realisierung nicht vorgezogen werden? Die Pläne dafür seien ja bereits vorhanden. Diese Frage richtet er sowohl an den Gemeinderat als auch an seine Ratskollegen.

Gemeinderat **Roman Meury** ergänzt, dass die Pläne für die neue Sportanlage „Im Brüel“ lediglich in der Rohfassung vorhanden sind und im Detail aufwändig ausgearbeitet werden müssen.

Zur Sportanlage Sandweg: Nur dank Goodwill der UBS kann der FC Allschwil diese Anlage als Zwischenlösung nutzen. Ein Engpass an Sportanlagen während der Bauzeit (zwischen Vertragsablauf und Inbetriebnahme der neuen Anlage) ist unvermeidlich und war von Anfang an bekannt.

Jean-Jacques Winter appelliert an den Gemeinderat, nach Ablauf des Pachtvertrages sofort mit der Umnutzung zur Sportanlage „Im Brüel“ zu beginnen.

://: Die Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Sportplätze in Allschwil wird beantwortet und ist damit erledigt.

6. Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Erdbebensicherheit, Geschäft 3352

Departementsvorsteher **Roman Meury**, Hochbau/Raumplanung:

Nach Rückfrage beim Amt für Bevölkerungsschutz Basel-Landschaft und bei der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung sowie bei der IC-Unicon AG können die Fragen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1: Ist die Notwendigkeit einer Überprüfung der Situation mit Fachpersonen bereits angegangen worden (siehe Antwort auf die Frage Erdbebenrisiko in Allschwil vom 8.11.2001)?

Roman Meury: Ja, im Rahmen von Interreg III wird eine Mikrozonierungskarte erstellt, die den Grad der lokalen Erdbebengefährdung und das Schadenpotential ausweist. Auf der Basis der Information aus der Mikrozonierung wird ein System entwickelt (federführend durch den Schweizerischen Erdbebendienst), welches erlaubt, die im Verlauf eines Erdbebens registrierten Bodenbewegungen schnell in eine berechnete Intensitätskarte bzw. Bodenerschütterungskarte umzusetzen. Es werden die Grundlagen zusammengetragen, um eine grenzüberschreitende einheitliche Beurteilung der Erdbebensituation zu ermöglichen und den daraus abzuleitenden Handlungsbedarf zu erkennen.

Frage 2: Welches ist der derzeitige Stand der nationalrätlichen Kommission in Sachen Erdbebensicherheit?

Bis Ende Oktober 2002 musste von den Kantonen Stellung genommen werden zu einem neuen Verfassungsartikel "Schutz vor Naturgefahren", mit welchem dem Bund die Aufgabe übertragen werden soll, die Gesetzgebung über den Schutz vor Naturgefahren zu erlassen. Dadurch soll dem Bund die strategische, den Kantonen die operative Führung bei Naturkatastrophen zustehen.

In diesem Zusammenhang mussten auch Fragen hinsichtlich einheitlicher Bauvorschriften für Erdbebensicherheit beantwortet werden.

Frage 3: Hält es der Gemeinderat für sinnvoll, wenn Gesetzesgrundlagen geschaffen würden, um Bauvorschriften hinsichtlich Erdbebensicherheit regional oder bundesweit zu normen?

Ähnlich gelagerte Fragen wurden auch im Landrat aufgeworfen und wie folgt beantwortet:

- Bei Erdbeben können weder der Zeitpunkt, noch der Ort, noch die Stärke vorausgesagt werden.
- Dies im Gegensatz zu anderen Naturkatastrophen wie zum Beispiel Wirbelstürme oder Hochwasser.
- Die Erdbebensicherheit wird im Baubereich seit 1970 durch die SIA-Norm 160 festgelegt (Statik).
- Diese SIA-Norm 160 ist für die verantwortlichen Architekten, Ingenieure und auch Behörden Pflicht.
- Die Anwendung der Norm trägt wesentlich zum Schutz und der Versorgung unserer Bevölkerung bei (Spitäler, Strassen, Brücken, etc.).
- So ist der überwiegend grössere Teil der kantonalen Objekte* nach der SIA-Norm 160 erstellt worden (Beispiel: Spitäler, etc.).

*Die Antworten gelten sinngemäss auch für Bauten der Gemeinde und von Privaten.

Im Weiteren wurde von der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung ein Faltprospekt aufgelegt, der ausführlich über die Problematik im Zusammenhang mit Erdbeben orientiert (Beilage 1).

Frage 4: Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass Gesetzesgrundlagen geschaffen werden müssen, um eine obligatorische Versicherung für Gebäudeschäden durch Erdbeben einführen zu können?

Der Gemeinderat teilt grundsätzlich diese Ansicht, doch zeigen die Auskünfte aus der Versicherungsbranche (Beilage 2) und die Antwort zur Frage 2, wie komplex die Materie und wie gering der Einfluss einer Gemeinde ist.

Frage 5: Wo liegen letztendlich die Zuständigkeiten für die Schaffung von Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen?

Beim Souverän und dessen Stellvertreter, dem Amt für Bevölkerungsschutz Basel-Landschaft.

Stellvertretend für den Interpellanten Alex Horisberger, welcher nicht mehr Einsitz im Parlament hat, teilt **Alice Märky**, FDP-Fraktion, mit, dass sie mit der Antwort zufrieden ist.

://: Die Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Erdbebensicherheit wird beantwortet und ist damit erledigt.

285 13.330 Projektgruppe Flugverkehr

7. Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Instrumenten-Landesystem (ILS*), Geschäft 3353

Departementsvorsteher **Paul Schüpbach**, Tiefbau/Umwelt:

*ILS 34= Funkfeuer, dass sich nach Süden richtet und für Flugzeuge aus grosser Entfernung sichtbar ist. Mit einem Winkel von 3 – 4 ° wird das Flugzeug mittels Instrumenten-Landesystem auf den Pistenfuss gelenkt.

Frage 1: Hatte der Gemeinderat Gelegenheit, sich zur Einführung des ILS und zur Erhöhung der Anzahl Direktstarts zu äussern, bzw. wird er noch Gelegenheit dazu haben?

Einführung ILS:

Die Vernehmlassung betreffend ILS 34 wird voraussichtlich im Jahr 2003 von den zuständigen französischen (DGAC) und schweizerischen Behörden (BAZL) durchgeführt. Dabei wird das BAZL die betroffenen Kantone zu einer Stellungnahme einladen. Die zuständigen Behörden beim Kanton Basel-Landschaft wiederum haben dem Gemeinderat versichert, dass sich auch Allschwil zum ILS 34 wird vernehmen lassen können.

Direktstarts:

Die Erhöhung der Anzahl Direktstarts nach Süden basiert auf einer Empfehlung der ACNUSA vom 17.12.2001: Demnach soll ein Teil des Verkehrs mit Destinationen im Süden (Tessin, Mittelmeerbereich) nicht den Umweg über die ELBEG-Kurve nehmen, sondern direkt nach Süden fliegen. Die ACNUSA schlägt vor, dass ca. 20% der ELBEG-Flüge (rund 800 Starts) so geführt werden. Diese Änderung des Flugverfahrens kann unabhängig von der Einführung eines ILS 34 durchgeführt werden.

Frage 2: Wie hat sich der Gemeinderat geäussert bzw. wie gedenkt er sich zu äussern?

Die Details der Vernehmlassung zum ILS 34 sind noch nicht bekannt. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass aus Sicherheitsgründen ein entsprechendes System eingeführt werden muss. An die Nutzung des ILS 34 stellt er jedoch folgende Hauptbedingungen:

- Keine Zunahme der Anflüge von Süden.
- Das ILS-Verfahren ist strikte einzuhalten. Keine Sichtanflüge von Süden mehr.
- Landungen von Süden nur bei einer Windkomponente von mindestens 10 Knoten.
- Wahl eines grösstmöglichen Gleitwinkels.

Frage 3: Hat der Gemeinderat noch die Möglichkeit, sich gegen die Lockerung der Voraussetzungen für die Landungen von Süden her schon ab 5 Knoten Nordwind anstatt erst ab 10 Knoten zur Wehr zu setzen?

Ja. Im Rahmen der Vernehmlassung (siehe Frage 1).

Frage 4: Braucht es für die Einführung des ILS angesichts der Konzentration der Landeanflüge auf einem schmalen geografischen Streifen ein Planauflageverfahren?

Beim Bau des ILS 34 sind die entsprechenden Vorschriften von Frankreich einzuhalten. Deren Behörden werden auch die Baubewilligung erteilen. Auf Schweizer Seite besteht keine Pflicht für eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Ein Planauflageverfahren ist in der Schweiz nicht notwendig.

Frage 5: Wie steht es mit dem Sicherheitseffekt?

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass mit der Einrichtung eines ILS 34 die Sicherheit des Flugbetriebs erhöht werden kann.

Stellvertretend für den Interpellanten Alex Horisberger, welcher nicht mehr im Parlament Einsitz hat, teilt **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, mit, dass er mit der Antwort zufrieden ist.

://: Die Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Instrumenten-Landesystem wird beantwortet und ist damit erledigt.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES:

- Aktuelle Situation Chemiemülldeponie „Roemisloch“ (Beilagen 1-4), Pressekonferenz vom 14. Februar 2003: „Tümpelbildung mit gefärbtem und stinkendem Wasser nach starken Regenfällen“ (Departementsvorsteher **Paul Schüpbach**, Tiefbau/Umwelt).

286 07.012 Jahresrechnung

8. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Sparmassnahmen, Geschäft 3378

Departementsvorsteher **Dr. Leo Zehnder**, Finanzen:

Der Gemeinderat hat im Februar 2002 das Geschäft 3336 betreffend Ueberprüfung der Dienstleistungen / Kürzungsvorschläge des Gemeinderates dem Einwohnerrat unterbreitet. Der Einwohnerrat hat das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen. Daraufhin hat dieser die Sparmassnahmen - wo möglich - in eigener Kompetenz realisiert.

Frage 1: Welche der im Mai im Einwohnerrat vorgelegten Sparmassnahmen wurden bisher vom Gemeinderat eingeführt oder angekündigt?

- Personalbereich: Karenzfrist für Neubesetzungen von Stellen; Abklärungen, ob Neubesetzung wirklich notwendig; tiefere Gehälter bei Stellen-Neubesetzungen.
- Plafonierung des Sachaufwandes auf CHF 8 Mio.
- Beiträge: Erhöhung des Kurspreises für Freiwillige Hauswirtschaftliche Kurse, Schliessung der Freizeitwerkstatt, Reduktion des Budgets für die Partnerschaft Blaj. Streichung des Beitrags an die Missioni Cattolica, Neuregelung der Beitragsgesuche für sämtliche Vereine, Streichung der Beiträge an die christkatholische und die reformierte Kirchgemeinde, Reduktion der Beiträge an gemeinnützige Institutionen. Abschaffung des Ruftaxis, keine Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen.

Frage 2: Sind weitere Massnahmen ausgeführt oder ins Auge gefasst worden?

Diese wurden im Budget 2003 ausführlich dargelegt.

Frage 3: Welche finanziellen Einsparungen erhofft sich der Gemeinderat?

Im Budget 2002 sind Einsparungen von CHF 688'000 vorgesehen. Gemäss heutigem Stand werden es Einsparungen von über CHF 500'000 werden.

Frage 4: Sind dem Gemeinderat Reaktionen bekannt? Welche? Ist er grundsätzlich bereit, auf Gesuche neu einzutreten?

Reaktionen sind insbesondere von Vereinen, Einwohnerrat und der Presse erfolgt. Zwischenzeitlich ist Zufriedenheit eingetreten. Der Gemeinderat hat sich intensiv überlegt, ob auf die Einwände eingetreten werden soll. Er hat davon abgesehen, seine Haltung zu ändern.

Frage 5: Sucht der Gemeinderat wieder das Gespräch mit dem Einwohnerrat (runder Tisch)? Sucht er weiter seine „Kompetenzen auszunützen“?

Das Gespräch mit dem Einwohnerrat wird nicht mehr gesucht. Es findet kein runder Tisch statt. Selbstverständlich wird der Gemeinderat weiterhin seine Kompetenzen ausnützen. Der Gemeinderat wird anfangs 2003 seine Pläne für die Legislatur überprüfen und Beschlüsse fassen. Wenn notwendig, wird er diese dem Einwohnerrat unterbreiten.

Frage 6: Über welchen Zeitraum erwartet der Gemeinderat durch diese Massnahmen eine finanzielle Entspannung?

Im Abschluss 2002 wird festzustellen sein, dass diese getroffenen Massnahmen greifen. Gegenüber dem Budget wird eine Verbesserung stattfinden. Diese genügen aber nicht, um das Budgetdefizit von rund CHF 1 Mio. zu verhindern.

Frage 7: Wie sieht der nächste Schritt nach dieser „Sparrunde“ für unsere Gemeindefinanzen aus?

Der Finanzchef hofft, dass getroffenen Sparmassnahmen dazu führen werden, die Gemeindefinanzen zu verbessern. Nach wie vor zeigt sich der Gemeinderat aber besorgt über die noch ungewissen finanziellen Verschiebungen durch das neue Bildungsgesetz und den neuen Finanzausgleich. Er hofft, dass die schwierige Situation von Einwohnerrat und Gemeinderat gemeinsam gemeistert werden kann.

Jean-Jacques Winter dankt für die Antworten und beantragt Diskussion.

::: Diskussion zu Geschäft 3379 wird mehrheitlich stattgegeben.

Jean-Jacques Winter: Der Gemeinderat hat in Sachen Sparen einen mutigen, forschenden, vielleicht auch teilweise unglücklichen Weg beschritten. Die Sparmassnahmen sind für Allschwiler/innen deutlich spürbar. Allschwil will attraktiv und wohnlich sein – ist Sparen der richtige Weg dazu? Die Sparmassnahmen könnten auch auf 2 - 3 Jahre beschränkt eingeführt werden. Er fordert eine bessere Kommunikation zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat und Bevölkerung. Der runde Tisch wäre ein geeignetes Mittel dazu gewesen.

://: Die Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Sparmassnahmen wird beantwortet und ist damit erledigt.

287 13.100 Abfallbewirtschaftung

9. Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Grundtaxen zur Sackgebühr, Geschäft 3379

Der Postulant **Bruno Steiger** hat das Postulat aufgrund eines Landratsbeschlusses eingereicht, welche den Gemeinden die Möglichkeit zur Einführung einer Abfall-Grundgebühr - zusätzlich zur Sackgebühr - gibt. Da der Gemeinderat nicht bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen, geht Bruno Steiger davon aus, dass die Allschwiler Exekutive diese Möglichkeit ebenfalls in Betracht zieht. Die Allschwiler Abfallrechnung war immer relativ ausgeglichen. Das Verursacherprinzip hat sich also bewährt. Er bittet um Zustimmung zu diesem Postulat, weil der Steuerzahlende sicher kein Verständnis für eine neue Gebühr aufbringen würde.

Departementsvorsteher **Paul Schüpbach**, Tiefbau/Umwelt:

Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab, denn das heute gültige Gesetz verbietet die Einführung einer Grundgebühr für den Abfall. Die Abfallrechnung muss jedenfalls ausgeglichen sein. Die Abfallgebühr pro Sack konnte per 1.1.2003 um 10 Rappen gesenkt werden.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Dies sei nun ein klassisches Kommunikationsmissverständnis. Nach Lesen des Postulates war er der Meinung, der Postulant wäre für eine Abfall-Grundgebühr. Nun höre er das Gegenteil. Man könne kein Postulat befürworten, das nicht im Raum stehe. Aus diesem Grund ist die SP einstimmig der Meinung, das Postulat abzulehnen.

Bruno Steiger: Wie ist die Grundhaltung des Gemeinderates? Ist er für oder gegen eine Grundtaxe zur Sackgebühr?

Gemeinderat **Paul Schüpbach:** Diese Frage steht nicht im Raum. Gemäss geltendem Gesetz ist klar, dass keine Grundgebühr eingeführt werden kann; es gilt nach wie vor das Verursacherprinzip. Im Landrat wird derzeit darüber diskutiert, diesen Entscheid den Gemeinden inskünftig freizustellen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, beantragt den Abbruch der Diskussion. Der endgültige Beschluss des Landrates in dieser Angelegenheit muss abgewartet werden.

Gemeinderat **Paul Schüpbach:** Der Gemeinderat steht ganz klar hinter dem Verursacherprinzip. Es steht für ihn nicht zur Diskussion, als erste Gemeinde im Kanton eine Abfall-Grundgebühr einzuführen. Mit der Abfallrechnung hat der Gemeinderat seine Aufgabe erfüllt.

://: Das Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Grundtaxen zur Sackgebühr wird vom Postulanten zurückgezogen.

10. Interpellation von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Steuereinbussen, Geschäft 3386

Departementsvorsteher **Dr. Leo Zehnder**, Finanzen:

Die Beantwortung wird auf das Thema „Verlustscheinbewirtschaftung“ reduziert.

Die Beantwortung der Fragen 1 und 2 gestaltet sich schwierig, weil lediglich das Resultat des Jahres 2001 bekannt ist. Rund 98% der Veranlagungen 2001 sind gemacht, was ein guter Stand ist.

Was die Verlustscheine betrifft, können also nur Aussagen für das Jahr 2001 gemacht werden. Die Rechnung 2001 weist geschätzte Abschreibungen aus Forderungen von Verlustscheinen in der Höhe von CHF 628'000 aus.

Der Bestand an Verlustscheinen per 18.2.2003 beträgt CHF 4.8 Mio. Diese werden seit 1998 von einer Mitarbeiterin intensiv bewirtschaftet. Der statistische Maximalerfolg solcher Einforderungen ist ca. 10 %, Allschwil liegt bei 14.6. %. Bis heute konnten CHF 800'000 auf diesem Konto verbucht werden. Die Bewirtschaftung ist nicht einfach, und die zuständige Mitarbeiterin muss schwierige Gespräche und manche Beschimpfung über sich ergehen lassen. Es sei bewundernswert, dass sie diese Aufgabe nach wie vor mit grosser Akribie erledigt.

3. Es gibt keine spezielle Gruppe, welche von Steuerschulden betroffen ist.

4. Allschwil verfügt über ein straffes Mahn- und Betreibungswesen.

Der Interpellant **Bruno Steiger** dankt für die interessanten Antworten.

://: Die Interpellation von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Steuereinbussen wird beantwortet und ist damit erledigt.

11. Postulat von Jürg Gass, SP-Fraktion, betreffend Überprüfen der Wasserqualität des Mühlebachs 3x jährlich, Geschäft 3412

Departementsvorsteher **Paul Schüpbach**, Tiefbau/Umwelt:

Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Laut Auskunft von M. Huber, Leiter Gewässer AUB Liestal, ist der Mühlebach zur Zeit das best beprobte Gewässer im Kanton BL. Wegen der Gefahr durch die Chemiemülldeponien werden derzeit regelmässig Messungen gemacht. Unbestritten liegt die Zuständigkeit für die Qualitätskontrolle des Wassers beim Kanton BL. Dort wird der Gemeinderat in dieser Sache auch vorstellig werden.

Wünschenswert wäre eine qualitative Untersuchung des Wassers, und nicht nur eine Prüfung nach Spuren von Giftstoffen, d.h. eine gewässerbiologische Untersuchung auf Klein- und Kleinstlebewesen, wie sie bereits 1998 durchgeführt wurde.

Der Postulant **Jürg Gass**, SP-Fraktion, dank für die Bereitschaft zur Entgegennahme seines Vorstosses. Wichtig wäre für ihn die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse.

://: Das Postulat von Jürg Gass, SP-Fraktion, betreffend Überprüfen der Wasserqualität des Mühlebachs 3x jährlich wird grossmehrheitlich entgegen genommen.

FRAGESTUNDE

Schriftliche Fragen

Mathilde Oppliger, CVP/SVP-Fraktion:

290 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

Strassen-Signalisation zum Industriegebiet Linksufriges Bachgrabengebiet

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit:

Der Gemeinderat ist sich der Bedeutung des Gewerbegebietes Linksufriges Bachgrabengebiet bewusst, haben sich doch innerhalb der letzten 5 Jahre über 20 Firmen mit ca. 600 qualifizierten Arbeitsplätzen neu angesiedelt.

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung hat die Gemeindepolizei bereits im Februar 2002 ein Gesuch an den Kanton betreffend Wegweisern formuliert. Der Kanton hat dieses Gesuch aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen abgewiesen. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung wurde im August 2002 ein Widererwägungsgesuch formuliert, welches die zuständige Abteilung des Kantons wiederum abgelehnt hat. Der Gemeinderat hat alsdann entschieden, die Signalisation selbst an die Hand zu nehmen.

Zugegebenermassen sind die durch die Gemeinde neu angebrachten Wegweiser im Vergleich zu anderen Hinweisschildern bezüglich Schriftgrösse nicht vergleichbar.

Eine grosszügigere und deutlichere Beschilderung ist nicht opportun. Der Kanton hat die neuen Hinweisschilder bereits gesichtet und hat sich bei der Verwaltung diesbezüglich gemeldet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Schilder wieder demontiert werden müssen.

Die Fragestellerin **Mathilde Oppliger**, CVP/SVP-Fraktion, dankt für die Beantwortung, hält die Beschriftung bezüglich Wortwahl und Grösse aber trotzdem für unzulänglich.

Christoph Morat, SP-Fraktion:

291 06.092 Gemeindepolizei; Öffentlichkeitsarbeit

Tätigkeitsgebiet der Allschwiler Gemeindepolizei / AWB-Artikel vom 7.2.2003

Im AWB vom 7. Februar 2003 erschien ein Artikel über die Tätigkeiten der Allschwiler Gemeindepolizei. Dieser wirft folgende Fragen auf:

1. Im Artikel werden 56 bzw. 58 Einsätze aufgeführt. Geteilt durch 4 Stellen ergibt dies 14 bis 15 Einsätze pro Monat und Stelle. Sind unsere Gemeindepolizisten nicht etwas unterfordert mit diesem Pensum?
2. Vor einiger Zeit habe ich nach den Ausbildungen der Gemeindepolizisten gefragt. Nun entnehme ich dem Artikel, dass ein Realitätslehrgang in musizierendem Betteln oder bettelndem Musizieren, je nach Sichtweise, stattgefunden haben muss. Oder wie ist das mit der eigenen Erfahrung des Autors des Berichts zu verstehen?

3. Spass beiseite. Nach welcher Rechtsgrundlage werden diese Menschen einer Randgruppe, welche bestimmt kein einfaches Los haben und betteln müssen, von bestimmten Plätzen weggewiesen?
4. Weshalb wird für eine Dienstleistungsgruppe der Gemeinde Allschwil eine Assoziationen weckende und schroff klingende Abkürzung wie „Ge-Po“ gewählt?

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit:

Zur Frage 1:

Es ist festzuhalten, dass im AWB-Artikel lediglich die grösseren Einsätze aufgelistet wurden. Die Alltagsgeschäfte sind nicht speziell erwähnt. Dazu gehören u.a.

- Erlass von Bussenverfügungen betreffend Nachtruhestörungen, Bussenverfügungen betreffend Missachtung des Leinenzwangs sowie betreffend des ruhenden und fliessenden Verkehrs.
- Die Gemeindepolizei führt ca. 48 Radarkontrollen im Jahr durch.
- Sie hat ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten 112 Einsätze pro Jahr.
- Die Gemeindepolizei hat pro Jahr 113 Einsatzstunden bei öffentlichen Veranstaltungen, Anlässen und Volksfesten. Auch die Begleitung von Kindergärten an der Fasnacht gehört dazu.
- Sie prüft rund 70 Personen- und Adressabklärungen pro Jahr für interne und externe Amtsstellen.
- Sie ist zuständig für die signalisierten Schulwege und erteilt Erziehungskurse für Primarschulen und Kindergärten.
- Die Gemeindepolizei führt die gesamte Hunde- und Reittieradministration (770).
- Sie stellt rund 1'200 Zahlungsbefehle und Konkursandrohungen sowie rund 103 in- und ausländische Gerichtsurkunden pro Jahr der Einwohnerschaft persönlich zu.
- Bussen: Höhe der Einnahmen pro Jahr: CHF 125'000.--
- Die Gemeindepolizei ist von Montag bis Sonntag während 24 Stunden erreichbar.
- Die Gemeindepolizei hat einen Pikettdienst, der mit nur 4 Polizisten durchführbar ist.
- Die durchschnittliche Gesamtarbeitszeit der Gemeindepolizei beträgt 8'500 Stunden pro Jahr.

Fazit: Die Gemeindepolizei ist somit weder unterfordert noch unterbeschäftigt. Der Fragesteller wird eingeladen, einen Tag mit der Gemeindepolizei zu verbringen, damit er sich selbst ein Bild machen kann.

Zu Frage 2:

Nicole Nüssli erlaubt sich, diese wohl eher „scherzhaft“ gemeinte Frage nicht zu beantworten. Sie hat dies dem Fragesteller bereits mündlich erläutert.

Zu Frage 3:

Rechtsgrundlage bildet § 70 EG StGB.

§ 70 Sammeln von Geld usw. ohne Bewilligung

¹ Wer ohne Bewilligung des Regierungsrates⁽³⁹⁾ zu einem wohlthätigen, gemeinnützigen oder andern Zwecke öffentlich Geld oder andere Sachen sammelt oder schriftliche Empfehlungen zum Sammeln ausstellt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

² Das gesammelte Geld kann beschlagnahmt werden.

Im Übrigen ist die Benützung von Allmend, die über den Gemeingebrauch hinausgeht, gemäss kommunalem Polizeireglement vom 24. Mai 2002, § 19 Abs. 1, bewilligungspflichtig. Dies gilt auch für Personen, die musizieren.

Zu Frage 4:

Aus der Fragestellung geht nicht hervor, welche Assoziation mit der angeblich schroff klingenden Abkürzung „Gepo“ gemeint ist. Die Abkürzung wird im Baselbiet seit jeher verwendet, z.B. wird die Kantonspolizei seit jeher mit „Kapo“ abgekürzt.

Der Fragesteller **Christoph Morat**, SP-Fraktion, hält fest, dass er keinesfalls die Gemeindepolizei angreifen wollte. Er anerkennt, dass die Gemeindepolizei gute Dienste für die Allgemeinheit leistet.

Mündliche Fragen

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion:

292 06.010 Friedhof- und Bestattungswesen

Grabfelder für Muslime

In der Basler Zeitung (Aktuell, 14.2.2003) konnte kürzlich bezüglich Grabfelder für Muslime auf dem Friedhof Hörnli gelesen werden, dass diese bis jetzt ausschliesslich von Muslimen aus dem Baselbiet belegt werden. Im selben Artikel wird die Allschwiler Gemeindepräsidentin Ruth Greiner in dem Sinne zitiert, dass bei der anstehenden Allschwiler Friedhoferweiterung kein solches Grabfeld vorgesehen sei. Stimmt dieser Bericht? Wenn ja, wie begründet der Gemeinderat seine Haltung?

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, verneint diese Aussage. Sie habe sehr wohl mitgeteilt, dass Allschwil diese Frage schon abgeklärt hat und eine Mitarbeiterin die Initiative dazu ergriffen hat, um zusammen mit anderen Gemeinden eine Lösung für diese Situation zu finden. Das Echo war aber gering. Gleichzeitig war auch bekannt, dass die Basler Muslim-Kommission diese Frage an die Gemeinde herantragen wird. Der Gemeinderat wird dannzumal zur Frage Stellung nehmen müssen, ob er ein Teil des Friedhofs für Muslim-Grabfelder ausscheiden wird.

Guido Beretta: Wie viele Muslimische Einwohner hat Allschwil?

Ruth Greiner verspricht schriftlich Antwort (s. Beilage).

Mark Aellen, SP-Fraktion:

293 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter

Ueberarbeitete Finanzplanung

Hat der Gemeinderat vorgesehen, noch vor der Sommerpause 2003 einen überarbeiteten Finanzplan vorzulegen?

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder**: Es ist üblich, dass bei Rechnungslegung auch eine überarbeitete Finanzplanung unterbreitet wird. Er macht darauf aufmerksam, dass dieser genausowenig aussagekräftig sein wird wie der bisherige Plan. Dies wegen der ungewissen Auswirkungen des neuen Bildungsgesetzes sowie des neuen kantonalen Finanzausgleichs.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion:

294 02.012 Erziehungs- und Kinderheime, Tagesheime

Leistungsvereinbarung Tageselternverein Allschwil

Im Oktober 2002 wurde eine Leistungsvereinbarung mit dem Tageselternverein Allschwil abgeschlossen. Diese beinhaltet vor allem zwei Neuerungen: Die Erhöhung des Tages-Ansatzes für die Kinderbetreuung pro Stunde und die rückwirkende Inkraftsetzung per 1.1. 2002. Von betroffenen Tageseltern hat er erfahren, dass sie zwar den neuen Tagessatz ausbezahlt erhalten, jedoch keine rückwirkenden Kosten zurückerstattet bekommen haben. Ist dem so?

Dr. Anton Lauber, Departemensvorsteher Soziale Dienste: Dies ist korrekt; der neue Ansatz muss von Januar bis Oktober 2002 rückwirkend vergütet werden. Bisher wurde aber der Gemeinde vom Tageselternverein keine Rechnung gestellt. Der Departemensvorsteher wird diesbezüglich den Tageselternverein-Vorstand kontaktieren.

Alice Märky, FDP-Fraktion:

295 11.230 Liegenschaften; Mietwesen
01.140 Zivilstandsamt

Trauzimmer im Restaurant Mühle

Alice Märky, FDP-Fraktion: Stimmt es, dass im Restaurant Mühle ein offizielles Trauzimmer vorhanden ist?

Nicole Nüssli, Departemensvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit:
Dies ist korrekt.

Alice Märky, FDP-Fraktion:

296 06.091 Öffentliche Sicherheit

Treffpunkt der Drogenszene bei der Kirche St. Peter und Paul

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ist dem Gemeinderat bekannt, dass bei der Kirche St. Peter & Paul ein Treffpunkt für Drogenabhängige und Dealer existiert?

Nicole Nüssli, Departemensvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit:
Der Gemeindepolizei ist leider bekannt, dass dort Drogen verkauft und konsumiert werden. Ebenfalls ist die Kantonspolizei darüber informiert. Mit dem Leiter des Jugendfreizeithauses und den Verantwortlichen der betroffenen Kirche haben Gespräche stattgefunden. Die Kirche wehrt sich zur Zeit noch gegen zu strenge Repressionen. Eventuell wird der betroffene Ort in die mobile Sommeraktion der Jugendarbeiter/innen einbezogen werden.

Ornella Schneider, FDP-Fraktion:

297 12.150 Wald

Intensive Durchforstung des Allschwiler Waldes

Was sind die Gründe für die derzeit massive Durchforstung des Allschwiler Waldes?

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt:

Was häufig nach einem Kahlschlag aussieht, täuscht. Es handelt sich dabei um Pflanzungen von jungen Eichen, welche durch Maschendrahtgitter geschützt werden. Junge Eichenpflanzen sind sehr lichtbedürftig. Allschwil ist europaweit bekannt für seine Eichenwälder. Wenn ein ökologisch wertvoller Mischlaubwald erhalten werden soll, sind solche Eingriffe unerlässlich. Diese sind mit dem Kreis- und Revierförster abgesprochen.

Verena Müller Daum, FDP-Fraktion:

298 06.091 Öffentliche Sicherheit

Kriegsspiele von Jugendlichen im Wald, Gebiet „Herzogenmatten“

Ist dem Gemeinderat bekannt, dass Jugendliche im Gebiet „Herzogenmatten“ in Tarnanzügen im Wald Kriegsspiele veranstalten?

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit:

Nein, dies ist nicht bekannt. Bei der Gemeindepolizei ist keine entsprechende Meldung eingegangen.